



Bibliotheken hilflos in der Bildungsdebatte? Politische Verbündete auf Landesebene

Reinhard Klimmt

Beitrag zur Veranstaltung:

Politik für Bibliotheken. Zum Beispiel: Lobbyarbeit nach dem PISA-Schock

**Ein Kooperationsseminar
der Fachkonferenz der Staatlichen Büchereinstellen in Deutschland
mit der ekz**

9. bis 11. November 2005

Tagungsort: **ekz.bibliotheksservice GmbH**
Konferenzsaal
Ebene 3
Bismarckstraße 3
72764 Reutlingen

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

unsere Gesellschaft verändert sich in einem rasanten Tempo. Die Industriegesellschaft wandelt sich zur Informations- oder auch Wissensgesellschaft. Selbstverständlich wird es weiter Industrieproduktion geben, aber mit immer weniger Beschäftigten bei steigender Produktivität. Ein Blick auf die Landwirtschaft ist zum Verständnis hilfreich. Die Lebensmittelversorgung mit einer vorher nie gekannten Produktenbreite gelingt mit einem Bruchteil von Beschäftigten im Vergleich zum 19. Jahrhundert. Die Arbeitsplätze der Zukunft entstehen im Dienstleistungsbereich.

Mit dieser Entwicklung gewinnen (Aus)Bildung, Wissenschaft und Forschung weiter an Bedeutung, und das im doppelten Sinne: Zum Einen werden auf diesem Feld die individuellen Chancen definiert und zum Anderen die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft verschlafen oder befördert. Damit rückt die Bildungspolitik wieder in den Vordergrund der politischen Wahrnehmung.

Es ist nicht das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik. In den 60er Jahren war von der deutschen „Bildungskatastrophe“ (Titel eines Buches von Georg Picht) die Rede. In der Konsequenz wurden die Hochschulen ausgebaut, die Konfessionsschulen weitgehend abgeschafft und die Gesamtschule in vielen Bundesländern zu Regelschule. Von der Aktion „Student aufs Land“ wurden die Eltern aufgefordert, ihre Kinder auf weiterführende Schulen zu schicken. Mitte der 60er Jahre gab es gerade 200.000 Studierende in Deutschland. Das Schulwesen, in Ober-, Mittel- und Volksschulen gegliedert, schrieb die Bildungskarrieren der Eltern bei den Kindern fort und kollidierte in wachsendem Maße mit den Anforderungen des gesellschaftlichen Wandels.

Heute befinden wir uns in einer ähnlichen Situation. Auslöser der Debatte und der bereits begonnenen Veränderungen sind die PISA Studien, die durch das ermittelte Ranking im internationalen Vergleich, mit dem Irrglauben vom Volk der Dichter und Denker gründlich aufgeräumt haben. Ganztagschule, früheres Einsetzen der vorschulischen Erziehung, Förderung der Migrantenkinder und die Notwendigkeit der Weiterbildung unter dem Stichwort Lebenslanges Lernen bestimmen die aktuelle Diskussion. Leseförderung und Medienkompetenz sind weitere aktuelle Stichworte.

Viele dieser Stichworte weisen auf die Bibliotheken als nützliches, ja ich meine, unverzichtbares Element der Bildungsinfrastruktur. Bibliotheken müssen zukünftig also nicht nur in der Kulturpolitik ressortieren, sondern eben auch in der Bildungspolitik.

Zu den klassischen Funktionen als Ergänzung für das häusliche Bücherregal, als Quelle für Unterhaltungsliteratur bzw. -medien und Sachbücher, als Agentur der kundigen Vorauswahl in der Medienflut treten jetzt immer dringender Aufgaben in der Weiterbildung und in der Leseförderung hinzu.

Diese Tatsachen und Notwendigkeiten haben sich zwar schon herumgesprochen, die reale Situation ist aber weiter von Zufälligkeiten geprägt, naturwüchsig und unkoordiniert. Es gibt zweifellos gute, aber noch mehr schlechte Beispiele. Diese unbefriedigende Situation hat ihre Ursache u. a. in der Kulturhoheit der Länder, die eine konzentrierte nationale Anstrengung kaum ermöglicht und in der Tatsache, dass die örtlichen Bibliotheken bei den Kommunen zu den freiwilligen Aufgaben und nicht zu den gesetzlich vorgeschriebenen und damit garantierten Pflichtaufgaben gehören. Zu den unangenehmen Begleiterscheinungen zählt die Tatsache, dass die jeweilige Kommunalaufsicht bei defizitären Haushalten von Kommunen das Zurückfahren oder gar Streichen freiwilliger Ausgaben zur Auflage macht. Dabei geraten dann regelmäßig die Bibliotheken, so überhaupt vorhanden, ins Visier.

Was tun?

Aus der mittlerweile unwidersprochenen Forderung, dass Bibliotheken ein fester Bestandteil der

Bildungsinfrastruktur sein sollen – wie in einigen skandinavischen Ländern bereits vorexerziert – müssen endlich Konsequenzen gezogen werden. Nicht nur in den öffentlichen Haushalten, sondern auch in der Gesetzgebung. So wird die Forderung immer aktueller, Entwicklungspläne für Bibliotheken aufzustellen und diesen eine gesetzliche Grundlage zu geben, sie also in den Katalog der Pflichtaufgaben aufzunehmen. Dieses Vorhaben scheitert regelmäßig an den Finanzierungsproblemen. Die Gesetzgebungskompetenz liegt bei Bund und Ländern. Die kommunale Seite wehrt sich gegen eine gesetzliche Fixierung, es sei denn, damit würden klare finanzielle Zusagen verknüpft (Konnextätsprinzip), zu denen aber die Länder wiederum nicht bereit sind. Mischfinanzierungen haben – im Moment jedenfalls – keine guten Aussichten. In der Föderalismusreform geht es ja vor allem um eine klare Trennung der Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten.

Was können wir tun?

Worauf reagieren Gesellschaft und Politik? Eine im Prinzip als dringlich angesehene Problematik wird vor allem dann gelöst, wenn sie – abgesehen von persönlicher Betroffenheit – Gegenstand der öffentlichen Debatte wird. Bei der unvermeidbaren Prioritätensetzung zu Zeiten knapper Kassen kommt in der Regel derjenige zum Zug, der sein Anliegen zugleich spektakulär und nachhaltig vorbringt. Dazu einige Anregungen:

1. Bibliotheken gehören in die Mitte der Gesellschaft. Es geht nur im ersten Schritt um die Verwaltung von Medien und das Garantieren von Öffnungszeiten. Sie müssen sich anbieten als Dienstleister, aber auch als Treffpunkt für Freizeit, lebenslanges Lernen und Arbeiten.
2. Bibliotheken gehören in die Mitte der Stadt, sichtbar, offen und einladend.
3. Bibliotheken brauchen Kooperationspartner – je mehr umso besser. Schulen, Vereine, Institute usw.
4. Es gibt zwar schon eine Fülle von Auszeichnungen und Preisen (kein Tag, an dem nicht mehrere Preise vergeben werden), aber im begrenzten Rahmen kann damit noch Aufmerksamkeit erregt werden.
5. Neue Veranstaltungsformen wie „lange Lesenächte“ sowie traditionelle Ausstellungen, Vorträge und Lesungen verstärken die öffentliche Wahrnehmung.

Und es gibt natürlich auch das klassische „Lobbying“, das Überzeugen der Verantwortlichen in Parlamenten, Regierungen und Parteien:

1. Parteien haben auf allen Ebenen, in Kommunen, Ländern, im Bund, für Europa usw. Programme, in denen sie ihre Zielvorstellungen definieren und die von Zeit zu Zeit an geänderte Verhältnisse angepasst werden. Sie spielen allerdings oft nur eine untergeordnete Rolle. Dennoch bestimmen sie das politische Klima mit. Es muss den Bibliotheken gelingen, in diesen Programmen nicht nur im Kulturteil, sondern auch im Bildungsteil vertreten zu sein.
2. Die Haushalte werden in den Parlamenten verabschiedet. Fraktionen haben das Bedürfnis, ein eigenes Gesicht zu zeigen, verändern also auch die Vorlagen – zum Guten oder auch zum Schlechten. Regelmäßige Kontakte und vor allem das Vortragen der eigenen Anliegen anlässlich der Haushaltberatungen sind von großer Bedeutung. Hier kommen vor allem die Verbände ins Spiel, die unbefangener vortragen können, weil Amtsleiter z. B. nicht gegen die Vorlage der eigenen Verwaltung vorgehen dürfen.

3. Es ist sinnvoll, PolitikerInnen in die Arbeit einzubinden, in den Verbänden, in Kuratorien, Fördervereinen usw. Die häufig geäußerte Kritik: „müssen die denn überall ihren Kopf rausstecken“ geht ins Leere. Sie sind nun mal die von den Wählern beauftragten Entscheider und sollten den Kontakt zur Realität behalten. Das nützt beiden Seiten. (Eine Reise nach Finnland könnte auch nicht schaden.)
4. Benchmarking und best practice sind längst Bestandteil unserer Sprache und unseres Handelns geworden. Die guten Beispiele müssen vorgeführt werden. Es gibt nun mal enorme Unterschiede in Lage, Ausstattung und Leistungsfähigkeit von Bibliotheken.

Entscheidend wird es aber sein, die eigenen Überzeugungen, die eigene Begeisterung spürbar werden zu lassen und das nicht nur gegenüber der Politik, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen. Es gibt keinen Grund sich zu verstecken, denn wir vertreten ein gutes und wichtiges Produkt.